

Wir brauchen eine Flüchtlingskonferenz!

Nachdem Landrat Jan Weckler öffentlich Alarm wegen der steigenden Flüchtlingszahlen geschlagen hat, melden sich Johannes Hartmann vom Internationalen Zentrum Friedberg und Wolfgang Dittrich vom Evangelischen Dekanat Wetterau zu Wort.

Beide sind Gründungsmitglieder der 2015 gegründeten Arbeitsgemeinschaft Flüchtlingshilfe (AG Flühi). Wolfgang Dittrich leitet seitdem die regelmäßig tagende Steuerungsgruppe, in der ehrenamtliche und hauptamtliche Aktive aus der Flüchtlingshilfe und Vertreter der Behörden zusammenarbeiten, mit dem Ziel eine gute Willkommenskultur zu schaffen. Johannes Hartmann hat überdies das Internationale Zentrum Friedberg mitgegründet und ist seit Jahrzehnten in der Beratung und Betreuung von geflüchteten Menschen engagiert.

Es ist keine Frage, dass der Kreis und die Städte und Gemeinden durch die Zahl der aufzunehmenden Flüchtlinge unter Druck sind. Man muss aber hinterfragen, ob in der Vergangenheit entsprechendes getan wurde, um auf eine solche Situation vorbereitet zu sein.

Der Kreis hatte 2015 eine Flüchtlingskonferenz organisiert, in der eine gemeinsame Erklärung verabschiedet wurde. Eine der Hauptforderungen war, dass bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird. In einer Erhebung des Kreises wurde jetzt aber festgestellt, dass im Gegenteil der Anteil der sozialgeförderten Wohnungen um 1000 Wohnungen zurückgegangen ist.

Flüchtlinge, die eigentlich in Wohnungen ziehen könnten, hängen in den Gemeinschaftsunterkünften fest, weil kein bezahlbarer Wohnraum vorhanden ist. Das blockiert etwa 50% aller Plätze in den jetzt vorhandenen Unterkünften.

Bereits im Jahr 2019 haben Johannes Hartmann und Wolfgang Dittrich in einer gemeinsamen Pressemitteilung die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum angemahnt. „Wir können bis heute nicht feststellen, dass die Kreisspitze das Thema Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ernst nimmt. Die seit Jahren angekündigte kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft fehlt immer noch. Auch hat es keinerlei Druck auf die Kommunen gegeben, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen“, sagen Dittrich und Hartmann.

Hinzu kommt, dass Flüchtlingsunterkünfte wieder aufgegeben wurden, nachdem die Flüchtlingszahlen zurückgegangen sind, was sich jetzt als zu kurz gedacht herausstellt. Das Thema wurde angesprochen, mit der Konsequenz, dass die Steuerungsgruppe der AG Flühi daraufhin keine Zahlen mehr vom Kreis über die Entwicklung der Unterbringungskapazitäten vor Ort bekommen hat.

Wenn Landrat Weckler jetzt schreibt, dass er wegen der sich zuspitzenden Lage im engen Austausch mit den Städten und Gemeinden steht und alle weiteren Möglichkeiten der Unterbringung prüfen will, dann muss er sich vorwerfen lassen, dass dies zu spät passiert. Der Anstieg der Flüchtlingszahlen war schon länger absehbar.

Darüber hinaus ist der Eindruck entstanden, dass der Kreis in Sachen Unterbringung von Flüchtlingen vor allem darauf setzt, möglichst wenig Geld in die Hand zu nehmen. Vor diesem Hintergrund erklärt sich auch die Nutzung einer Fläche in Dorheim in unmittelbarer Nachbarschaft zum Recyclinghof. Es ist jetzt festzustellen, dass der Kreis nicht rechtzeitig in Flächen und Gebäude investiert hat. Leidtragende sind die Flüchtlinge. Von den Zielen Willkommenskultur und Integration kann so keine Rede mehr sein.

Im Mai haben Vertreter der AG Flüchtlingshilfe ein Schreiben an die Kreisspitze geschickt, in dem unter anderem darauf hingewiesen wurde, dass im Kreisgebiet in den Städten Büdingen und Friedberg die meisten Flüchtlinge untergebracht sind und in dem eine weitere Schaffung

von Unterbringungsmöglichkeit in den beiden Städten kritisiert wurde. Trotzdem wird daran festgehalten, weil es die einfachste und billigste Lösung zu sein scheint.

In der Vergangenheit gab es einen Konsens darüber, dass Flüchtlinge nach einem Verteilungsschlüssel in allen Städten und Gemeinden untergebracht werden, um größere Ansammlungen zu vermeiden.

Der Verteilungsschlüssel hat dazu beigetragen, dass die soziale Infrastruktur nicht an einer Stelle überlastet wird, was wiederum für eine bessere Akzeptanz in der Bevölkerung und Integration der Menschen gesorgt hat, weil viel mehr ehrenamtliche Helferinnen und Helfer aktiv geworden sind.

Wir müssen feststellen, dass der Wetteraukreis diesen Konsens aufgegeben hat und fordern die Kreisspitze auf, wieder eine Unterbringung nach einem Unterbringungsschlüssel in allen Städten und Gemeinden sicherzustellen.

Des Weiteren fordern wir eine erneute Flüchtlingshilfekonferenz auf Kreisebene, in der alle Beteiligten auf den Stand der Dinge gebracht werden und um weiterhin an einer guten Willkommenskultur und Integrationspolitik zu arbeiten. Sie soll dazu genutzt werden, alles zu mobilisieren, was dafür benötigt wird. Alles andere, vor allem Situationsbeschreibungen in denen Flüchtlingen pauschal das Ausnutzen von Sozialleistungen unterstellt wird, schadet dem bisherigen demokratischen Konsens bei der Flüchtlingshilfe und spielt rechten Kräften in die Karten.

Kritisch sehen Hartmann und Dittrich auch, dass Landrat Weckler mit dem Finger auf die Bundespolitik zeigt, von der er sich alleingelassen fühlt, dabei aber das Land Hessen vergisst. Zu der Konferenz sollten unbedingt auch Vertreter des Landes eingeladen werden, da das Land Hessen anscheinend Bundesmittel zurückhält, die für die Kommunen bestimmt sind.